



Nichtamtlicher Theil.

England und die Orientfrage.

Die letzten Tage haben uns eine hochbedeutende Manifestation aus England gebracht. Dieselbe entstammt dem Lager der englischen Oppositionspartei und besteht in einem seiner entschiedensten Organe wegen viel bemerkten Artikel, den das angesehenste Organ des Whigthums, die „Edinburgh Review“ diesertage zum nicht geringen Erstaunen der englischen Politiker in die Welt setzte, und in welchem dasselbe die bisherige Haltung Gladstone's in der Orient-Frage, sowie die ganze türkenfeindliche Bewegung in England überhaupt einer vernichtenden Kritik unterzieht. Es scheint hiemit ein Zwiespalt im Schoße der Opposition zum Durchbruch gelangt zu sein, der auf das Benehmen des Tory-Kabinetts in der Orientfrage möglicherweise bedeutenden Einfluß üben dürfte. Alles, was auf den früheren Entwürfen und auf der späteren sogenannten National-Konferenz als das Glaubensbewußtsein der gesammten liberalen Partei hingestellt wurde, wird von besagtem Artikel als der unsichthaltige und unannehmbare Ausdruck eines bloßen Bruchtheils der Partei verurtheilt und verworfen, dagegen der Beweis angetreten, wie wenig die empfohlene Politik eines Bündnisses mit Rußland gegen die Türkei oder ein Hinauswerfen derselben aus Europa empfehlenswerth und durchführbar wäre. Der Kern der ganzen Frage, so heißt es in dem betreffenden Aufsätze, liegt darin, welches denn die wirklichen Absichten Rußlands seien. Die Antwort aber, die „Review“ darauf gibt, lautet im Gegensatz zu derjenigen, die Gladstone und sein Anhang früher gegeben, folgendermaßen:

„Es wäre thöricht, anzunehmen, daß der eifrige Wunsch, das irgend einer unterdrückten Nationalität in einem auswärtigen Lande zugesügte Unrecht gut zu machen, für Rußland oder für irgend einen anderen Staat der oberste und leitende Grundsatz seiner Politik sein könnte oder müßte. Wir Engländer haben oft einen brennenden Wunsch verspürt, den Leiden der Polen, der Tscherkessen, der Sicilianer, der Griechen abzuwehren, wir haben Sympathie Meetings abgehalten, Geldzeichnungen veranstaltet und ihnen unsere moralische Unterstützung gegeben. Aber wenn es sich darum handelte, zu ihrer Verteidigung Krieg zu führen, stellten sich dem die Interessen Englands und die Pflichten der englischen Staatsmänner gegenüber ihrem eigenen Lande entgegen und wir bewahrten eine friedliche Haltung. Das Verhalten des russischen Kaisers und seiner Staatsmänner muß das nämliche sein. Sie sehen auf die Interessen

ihres eigenen Reiches und es ist ihre Pflicht, so zu handeln. Die Annahme, als ob die Interessen und das Wohlergehen der christlichen Völkerschaften der europäischen Türkei in den Augen russischer Staatsmänner den Interessen Rußlands vorangingen, oder als ob sie in den Augen englischer Staatsmänner den Interessen Englands voranstehen können — eine solche Annahme ist eine Abgeschmacktheit, die wir gar nicht erörtern können.“

Der Artikel bespricht im weitern die militärische Seite der Frage und knüpft daran folgende Ausführungen: „Wir sind auf diese militärischen Einzelheiten, bezüglich welcher wir uns lediglich die Ansichten des Herzogs von Wellington, des Grafen Molke und Lord Sandhurst zu eigen machten, nicht deshalb eingegangen, weil wir den Krieg für unvermeidlich halten, noch weniger, weil wir etwa wünschten, daß er ausbrechen möchte. Wir sind im Gegentheil der Ueberzeugung, daß der Gebrauch von Waffengewalt zum Zwecke, die Lage der christlichen Unterthanen zu bessern, ein Auskunftsmitglied gefährlichster Art ist. Obwol wir nicht im geringsten geneigt sind, Rußland den Krieg zu erklären oder die Verteidigung der türkischen Regierung zu übernehmen, sind wir eben so abgeneigt, gemeinsam mit Rußland kriegerische Maßregeln gegen die Pforte zu ergreifen. Unser Mißtrauen gegen Rußland, unsere eigenen staatlichen Verpflichtungen durch Verträge und unsere nationalen Interessen scheinen uns ein solches Verhalten völlig zu verbieten, und wir sind gänzlich außer Stande, zu begreifen, wie die begeisterten Verteidiger des Friedens, welche die Greuel des Krieges in so lebendiger Sprache schildern, eine Haltung befürworten können, welche geradenwegs zu Feindseligkeiten führt, und zwar zu Feindseligkeiten gegen eine befreundete Macht.“

Bedeutungsvoll ist folgende, in einem Organ wie die „Edinburgh Review“ nicht leicht in aufgestellte Erklärung: „Die hier von uns ausgesprochenen Meinungen sind, wie wir zu glauben Grund haben, im wesentlichen von jener Section der liberalen Partei getheilt, die sich nicht zum Willkür an demagogischen Versammlungen hat hinreißen oder durch zornige Pamphletisten hat aufregen lassen.“ Damit ist die sogenannte Nationalkonferenz und Gladstone selbst klar bezeichnet. Man darf nach diesen Auseinandersetzungen erwarten, daß ein nicht unbedeutender Theil der liberalen Partei, bei Wiedervereinigung des Parlaments, eine von der Haltung der Konservativen nicht allzu verschiedene Stellung einnehmen wird. Die große Menge der Konservativen steht natürlich zur Regierungspolitik. Schließt sich die Whig-Fraction ihnen in den Hauptpunkten der Auffassung der orientalischen Frage an, so wird die Gladstonegruppe ganz machtlos. Jedenfalls ist die Abhandlung in der „Edinburgh Review“ eine höchst bedeutsame Erscheinung.

Aus den europäischen Parlamenten.

In beiden Häusern des österreichischen Reichsrathes werden die nöthigen Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Sitzungen getroffen. Außer dem Steuerreform- und dem Strafgesetzausschusse sind auch noch einige andere Ausschüsse des Abgeordnetenhauses zur Fortsetzung ihrer Beratungen bereits einberufen und ebenso tagen im Herrenhause mehrere Kommissionen. Der Eisenbahnausschuß unseres Abgeordnetenhauses hat die Vorbereitung über den Gesetzentwurf, betreffend die Maximaltarife für Personenbeförderung und allgemeine Transportbestimmungen auf den Eisenbahnen, beendet und versendet den Bericht über dieses Gesetz. Derselbe gipfelt in dem Antrage, den Gesetzentwurf anzunehmen. Dieses Gesetz ist von hoher Bedeutung für unser Verkehrsleben. Durch die Regelung der Personentarife wird eine wünschenswerthe Gleichheit in der Tarifirung der einzelnen Eisenbahnen hergestellt. Bei der Regelung der Sachtransport-Tarife soll durch die in dem Gesetze durchgeführte Klassen-Klassifikation ein einheitlicher Tarif bezweckt werden. — Der Zivilprozessordnungsausschuß versendet den Bericht über das Gesetz in betreff des Verfahrens bei der Execution durch Zwangsverkauf beweglicher und unbeweglicher Güter. Dieses Gesetz stand bekanntlich bereits im Plenum des Abgeordnetenhauses in Verhandlung und wurde über Antrag Eibacher wegen seiner allzu großen Strenge an den Ausschuss zurückgeleitet. Auf Grund der zweiten Berathung beantragt nun der Zivilprozessordnungsausschuß die Annahme des Gesetzes. Eine Ausschussminorität hat sich dagegen vorbehalten, einen abgeänderten Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Freilichtungsverfahren im Wege der Novelle und nur die Kaufpreisvertheilung nach der Regierungsvorlage geregelt werden soll. Auch der Steuerreform-Ausschuß des Abgeordnetenhauses setzt seine Arbeiten rüstig fort. In den letzten Sitzungen wurden die Arten und Fristen der Reclamationen gegen das Ergebnis der Einschätzungskommissionen festgestellt. Bezüglich der Verzählung der Steuerrückstände wurde nach sehr erschöpfender Debatte beschlossen, eine Verzählungsfrist von drei Jahren anzunehmen. Der Referent Beer hatte fünf Jahre beantragt. Ueber die Rückwirkung des Gesetzes wurde beschlossen, die Zeit der Einhebung der Steuer auf Grund des neuen Gesetzes einem besonderen Gesetze vorzubehalten.

Die italienische Abgeordnete Kammer versammelte sich, wie telegrafisch gemeldet, am 15. d. zum ersten male wieder nach den letzten Ferien, war aber nicht beschlußfähig, als die geschäftsordnungsmäßige geheime Schlussabstimmung über einen Gesetzentwurf stattfinden sollte. Noch vor dieser Abstimmung

Feuilleton.

Die „Societas militaris“ in Laibach 1670.

Mitgetheilt von P. v. Radics.

Die heute stattfindende Feier des 175jährigen Bestandes der silbarmonischen Gesellschaft in Laibach rechtfertigt das erhöhte Interesse an der Entwicklung des Vereinswesens in unserer Stadt und die Frage nach dem urkundlich nachweisbar ältesten Vereine Laibachs.

Wir wollen in Beantwortung dieser Frage die geistlichen Vereine und Confraternitäten, die schon im 14ten Jahrhundert bei uns bestanden, beiseite lassen und nur darauf eingehen, zu untersuchen, welche Vereinigung zu weltlichen Zwecken hierlands den Beginn des Vereinswesens bildete.

* * *

Anastasius Grün sagt in der Einleitung zu seinen „Volksliedern aus Krain“ so schön und wahr: „Durch seine geographische Lage war das ganze Land Krain durch Jahrhunderte ein großes Feldlager, eine von Geschützen und Rüstungen starrende Burg, die ganze waffenfähige Bevölkerung, wie die Mannschafft einer großen Vorpostenwacht, in jedem Augenblicke einer großen Kampffertigkeit und der Signale der Kreuzfeuer und Kreuttschüsse gewärtig, die von allen Höhen aufflammend binnen wenigen Stunden das ganze Land zu den Waffen rufen konnten. Da war jedes Haus eine Schanze, Säbelscher und selbst Kirchen waren befestigte Außenwerke (Tabor) mit Thürmen, Ringmauern und Gräben. Diese

Epochen ist der Glanzpunkt der Landesgeschichte, ihr gehören alle poetischen Erinnerungen an, ihr die Entwicklung eines eigenthümlichen kriegerischen Volkslebens.“

Eines eigenthümlichen kriegerischen Volkslebens! Ja wol. Unser Land Krain sah, hervorgerufen und begünstigt durch den Drang der Verhältnisse im 16. und 17. Jahrhunderte, in den Tagen der Türkenkämpfe und Venezianerkriege eine ganz eigenthümliche Volksmilitz bei sich erstehen.

Die krainische Landschaft unterhielt damals ihr eigenes Militär, ihre sogenannten „ständischen Giltpferde“ und das „Aufgebot des gemeinen Mannes“, welche strikte organisiert von eigenen Befehlshabern geleitet, ein Volksheer bildeten, das, im Solde der Landschaft stehend, zunächst wol nur für die Interessen der argbedrängten engeren Heimat diente, im weiteren höheren Bezuge aber doch zu Schutz und Schirm des ganzen Reiches, der Civilisation, die Waffen führte!

Und noch zur Zeit, da sich die kaiserliche Armee aus den von einzelnen Feldherren und Führern geworbenen und ausgerüsteten Regimentern zu einem festgeschlossenen Ganzen herauszubilden begannen, sehen wir in unserer Hauptstadt neben dem hellblinkenden Kürass der kaiserlichen Reiter noch hell und frisch und weithin schimmernd sich abheben vom Ellenhaufkoller der krainischen Ritterschafft die Schärpen in Gelb und Blau, in den Farben der krainischen Landschaft!

Noch war ja der politische Horizont im Südosten des Reiches dicht bewölkt, und kreu und quer zuckten die Kriegsblicke auf unser Oesterreich hernieder, und das kleine Land Krain war unermüdetlich in „Darreichung von Gut und Blut.“ Ja selbst unser Chronist, der edle Freiherr v. Balbador, als Ritter und Schloßherr und tüchtiger Kämpfer zum Viertelhauptmann von Unterkrain

gewählt, muß ab und zu die der Ehre Krains geweihte Feder zur Seite legen und Wehr und Waffen ergreifen und seine Compagnie hinabführen auf die blutige Wahlstatt.

„Im Waffengebüsche schweigen die Mäusen!“

Nicht doch so ganz!

„Die Offiziere der krainischen Landschaft und die Offiziere der kaiserlichen Regimenter, so allhier logieret waren“ — wie der Zeitgenosse sich ausdrückt — sie schlossen sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hier in Laibach zu einem Vereine zusammen.

Dieser urkundlich älteste Verein Laibachs nannte sich die „streitende Gesellschaft“ oder mit dem lateinischen Namen „Societas militaris“ und die Mitglieder wählten sich nach dem Muster der gelehrten Akademien jener Zeit ihre Symbole und Beinamen, so der „Wehrhafte“, der „Hochherzige“ u. s. w.

Einzelne Mitglieder dieser Gesellschaft haben sich auch als Schriftsteller bekannt gemacht, was vielleicht darauf schließen läßt, daß der Zweck dieser „Societas militaris“ neben der Ausbildung in der Kriegsdisciplin und Förderung des geselligen Lebens auch in der Anregung zu geistiger Production bestanden haben mag!

Eine „Kriegsbibliothek“ im besten Sinne des Wortes repräsentirte um dieselbe Zeit die Bibliothek des Landeshauptmanns Wolf Engelbert Grafen Auerberg im heutigen Fürstenhofe mit ihren über 100 Werken militärischen Inhaltes. Ueber diese „Kriegsbibliothek illirischer Grenzhelden“ habe ich ausführlich erst vor kurzem in Streifzügen „Oesterreichische Militär-Zeitschrift“, 17. Jahrgang, IV. Band, X. Heft, S. 27 u. ff. geschrieben.)

hatte der Abgeordnete Rudini den Ministerpräsidenten über die Absichten der Regierung bezüglich der Enquete in Sicilien interpelliert. Der Ministerpräsident erklärte sich zur Antwort bereit, ersuchte aber, dieselbe noch verschieben zu dürfen, da mehrere Minister bei der Angelegenheit interessiert seien und der Bauenminister Zanardelli, der an der Debatte theilnehmen wolle, gerade abwesend sei. Rudini war damit einverstanden.

Aus Rom wird dem „Journal des Débats“ geschrieben, daß alle die italienischen Eisenbahnen betreffenden Angelegenheiten in der gegenwärtigen Kammer-session geordnet werden sollen. Der Plan der Regierung hiesfür sei bereits festgestellt, die Verhandlungen schon weit vorgeschritten und der Ministerpräsident Depretis sei entschlossen, seinen großen Einfluß in der Abgeordnetenversammlung dafür einzusetzen, daß die Eisenbahnfragen noch vor dem Beginne des Sommers geschlichtet seien, da eben die bisherigen Verzögerungen dem Staats- und dem Eisenbahnkredit schwere Nachteile zugefügt haben. In der That ist auch der schon am 17. November 1873 zwischen der Regierung und der römischen Eisenbahngesellschaft über die Abtretung der Linien dieser Gesellschaft an den Staat abgeschlossene Vertrag bis jetzt weder ausgeführt, noch rückgängig gemacht worden. Inzwischen sind dem Verwaltungsrathe der Gesellschaft von einem Consortium italienischer Kapitalisten Anerbietungen zur Uebernahme des Betriebes der römischen Bahnen gemacht worden und er wird in dieser Woche darüber Beschluß fassen. — Mit der sardinischen Bahngesellschaft steht die Regierung seit langer Zeit in Verhandlung wegen Abtretung der Bahnlilien auf der Insel Sardinien. Die verschiedene Auslegung der Garantiebestimmungen macht die Verhandlungen schwierig. Denn nach den Berechnungen der Gesellschaft würde sich der Preis für die Ablösung ihres gegenwärtigen Netzes auf ungefähr 53 Millionen Lire stellen. Wie nun der in Turin erscheinende „Monitore delle Strade ferrate“ versichert, wäre die Regierung, nachdem sie sich dafür entschieden hat, durch den Ausbau der Linien „zweiter Periode“ den Wünschen Sardiniens gerecht zu werden, zu dem Entschlusse gekommen, die vielen großen und kleinen Streitfragen mit der Gesellschaft gütlich beizulegen und mit ihr auf den Grundlagen ihres Vorrechtes für den Bau des „zweiten“ Netzes zu unterhandeln.

Dem schwedischen Reichstage wurde bei seiner am 17. d. stattgefundenen Eröffnung in der Thronrede betreffs der Heeresreform der Entwurf zu einem Uebergangszustande angekündigt, welcher seit kurzem vom Generalstabe vollendet wurde. „Die Absicht scheint — schreibt ein Stockholmer Korrespondent der „Nordd. Allg. Ztg.“ — die längere Uebungszeit, welche der neue Heerplan erfordert, dem Volke stufenweise annehmbar zu machen und so soll für die nächsten zwei Jahre gegen „Abschreibung“ eines Zehnthels der Grundsteuern die Uebungszeit der Bewehrung, d. h. der gesammten jungen Mannschaft, so weit sie nicht zu der sogenannten eingetheilten Armee oder zu dem geworbenen Heere gehört, von 30 auf 60 Tage jährlich (im Sommer abjuden) vermehrt werden. Außerdem soll das Ausschreibungswesen auf der Grundlage der streng durchgeführten allgemeinen Wehrpflicht und ebenso die Intendantur neu geordnet werden; auch sind Gesetzesvorschläge über Anschaffung von Pferden für das Heer im Kriegsfall und über Ordnung des Pensionswesens der Armee (welche letztere Sache vom vorigen Reichstage sehr mißgünstig behandelt worden ist) zu erwarten.

Der, um modern zu sprechen, militär-wissenschaftliche Verein Laibach, die „Societas militaris“, bestand schon 1670, also 23 Jahre vor der 1693 erfolgten Gründung der „Academia Operosorum“, aus welcher bekanntlich 1702 die heute hochgeehrte Gesellschaft der Philharmoniker hervorgegangen ist.

Balvassor nennt uns im Anhang zum VI. Buche seiner „Ghre des Herzogthums Krain“ in der Abtheilung: „Von den krainischen Scribenten“, den Freiherrn Franz von Wüstenstein (unterm 19ten Februar 1666 ward Herr Hans Andre v. Wüstenstein „Ober-Aufschlags-Einnehmer“ als „Mitslandman“ in die krainische Landschaft aufgenommen [vielleicht der Vater?] — Perizhoffen Repertorium des landschaftlichen Archivs) als Romanüberseher und führt als dessen Rang und Titel an: „Obrißwachmeister“ (der krainischen Miliz), „aus der streithaften Gesellschaft“, der „Wehrhafte“ benannt.

Dieses Mitglied der „Societas militaris“ gab zwei Uebersetzungen italienischer Romane heraus: a) „Schicksal der lieben Bellimire und Corisanders“ aus dem Italienischen des „Ferrantio Pallavicino“ vereutscht und vertheilt in fünf Bücher; Nürnberg 1671, in 12, und b) „Vulcani Liebesgarn“ vereutscht aus ebenselbem, Nürnberg 1671 in 12. Er hinterließ zwei Manuscripte, die nach seinem Tode sein Bruder zur Ausgabe brachte.

Johann Baptist v. Wüstenstein war „Hauptmann der krainischen Miliz“ und Mitglied der „Societas militaris“ mit dem Beinamen der „Hochherzige“ (Magnanimus). (P. Marcus Pochlin, „Bibliotheca Carniolica“, Laibach 1862, Jgn. v. Kleinwahr & Fedor Bamberg, Seite 61.)

Die beiden Werke seines vorgenannten Bruders, die er zum Drucke beförderte, heißen: a) „La muta loquace“,

vielleicht gelingt es der Regierung, dem Reichstage den Entschluß eines Opfers für die Verbesserung des Zustandes der Armee abzurufen; es gibt aber viele unter den Landleuten und den mit ihnen verbundenen Demokraten, welche die Lage Schwedens für viel zu abgesondert erachten, als daß man sich um der Welt Händel praktisch zu kümmern brauche. Diese werden sich jeder erheblichen Vermehrung der Uebungszeit und des Aufwandes für das Heer auch jetzt noch widersetzen.“

Die Staatsabrechnung für das Finanzjahr 1874/75 gab am 13. d. M. dem dänischen Folkething Veranlassung, mit 52 gegen 20 Stimmen das Verfahren des Ministeriums beim Verlaufe des Grundstückes, auf welchem die von Friedrich V. in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gestiftete, aber unvollendet gebliebene sogenannte „Marmorkirche“ steht, deshalb zu mißbilligen, weil die Staatskasse dadurch wesentlich benachtheiligt und der Reichstag vorher nicht befragt worden sei. — Um die vom Kriegs- und Marineministerium gestiftete Erinnerungsmedaille für die Theilnehmer an den Kriegen 1848 bis 1850 und 1864 sollen dem Vernehmen nach nicht weniger als 120,000 Gesuche eingegangen sein.

Die Vorbereitungen für die Wahlen in die Deputiertenkammer des türkischen Parlaments begannen in Konstantinopel am 16. d. M. Die Wahlordnung für die Hauptstadt ist bereits veröffentlicht worden. (In der Samstagnummer unseres Blattes. D. Red.) Konstantinopel sammt seinen Vororten wurde in 10 Wahlbezirke eingetheilt. Die Zahl der Deputierten ist auf zehn festgesetzt. Die Bevölkerung jedes Wahlbezirkles wird zwei Wahlmänner wählen, die am 29. Jänner insgesammt zur Wahl der 10 Deputierten zusammentreten werden. Die Wahl wird mit absoluter Stimmenmajorität erfolgen. Die aktive Wahlfähigkeit hat jeder in Konstantinopel ansässige ottomanische Untertthan, welcher das 25ste Lebensjahr vollendet hat und einen bestimmten Besitz nachweist. Ob das türkische Parlament seinen faktischen Zusammentritt auch wirklich erleben wird, ist allerdings eine andere Frage, deren Beantwortung angesichts der gegenwärtig hochgepannten politischen Situation zum mindesten sehr gewagt wäre.

Die Präsidentenwahl der Vereinigten Staaten in Nordamerika.

Die nordamerikanische Republik befindet sich in diesem Augenblicke in einer sehr ernsten Krisis, deren Ausgang mit großer Besorgnis erwartet wird, da sie leicht einen Bürgerkrieg oder doch heftige Conflictte zur Folge haben kann. Die beiden Kandidaten der republikanischen und der demokratischen Partei sind mit nahezu gleicher Stimmenzahl gewählt, und nun handelt es sich um die — in der Constitution nicht vorgesehene — Bestimmung, von welcher Stelle die Verifikation einiger bestrittener Voten erfolgen soll. Auf der Verwerfung oder Anerkennung dieser Voten beruht die Entscheidung, und da keine Partei der anderen ein nur von Gerechtigkeit geleitetes Urtheil zutraut, so macht jede von ihnen die möglichste Anstrengung, um der Gegnerin allen Einfluß auf die Verifikation abzuschneiden.

Um sich die Sachlage klar zu machen — schreibt das „Vaterland“ — muß man sich den Modus der Präsidentenwahl vergegenwärtigen. Dieselbe erfolgt in den verschiedenen Staaten auf verschiedene Weise, aber in keinem derselben auf dem Wege der allgemeinen

das ist „Die Stumm-Redende“, Nürnberg 1687 in 12, und b) „La perfetta maritata“, das ist „Die vollkommene Vermählte“, Nürnberg 1687 in 12. („La perfetta maritata“ besitzt die k. k. Studienbibliothek in Laibach unter Signatur 1855, Poesis I. Q. b. 2.)

Mit dem Inclusionsdatum 1687 wissen wir auch, daß die „Societas militaris“ in diesem Jahre noch bestanden hat. Was liegt daher wohl näher, als die Annahme, daß die Gründung der „Academia Operosorum“ (1693) durch die vorgefundene und vorbestandene „streithafte Gesellschaft“ zum mindesten mitangeregt worden sei und daher auch mittelbar die 1702 erfolgte Gründung der „Academia Philharmoniconum“.

Die vielfachen Beziehungen und Berührungspunkte, die sich aus dem Verkehre der Spitzen einer Stadt, und namentlich in einer Zeit ergaben, wo das höhere Geistesleben mehr minder auf die Kreise der Aristokratie der Geburt und des Amtes beschränkt war, läßt die eben ausgesprochene Annahme zur Gewißheit werden.

Mit dieser historischen Zurückführung soll aber selbstverständlich keineswegs der Eigenthümlichkeit und Selbstständigkeit in der Gründung der „Academia Operosorum“ und noch weniger in der Schöpfung der „Academia Philharmoniconum“ präjudiziert werden.

Es war eben für unser vielgeprüftes Vaterland ein milderer Jahrhundert im Anbruche, und von den unter allen Verhältnissen den idealen Gütern des Lebens zugewandten geistigen Kräften der Heimath weigten sich nun begeisterte Jünger der Musen der Pflege von Kunst und Wissen, wie sich früher begabte und hervorragende Marsöhne unseres Landes zu veredelnder Förderung ihrer Standeszwecke zusammengefunden hatten im der „Societas militaris“.

Abstimmung. In den meisten Staaten wählen die Wähler die zur Wahl des Präsidenten befugten Wahlmänner, und auch dieser Einfluß des Volkes ist noch nicht von altem Datum. Die Constitution schreibt folgenden Vorgang bei der Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten der amerikanischen Union vor:

Alle vier Jahre versammeln sich an dem auf den ersten Montag des November folgenden Dienstag die Staaten — nicht das Volk — und wählen eine Anzahl von Wählern, welche der Zahl ihrer Vertreter in den beiden Häusern des Congresses entspricht. Am ersten Mittwoch des folgenden Dezember versammeln sich die so Erwählten in ihren respectiven Staaten und wählen in geheimer Abstimmung den Präsidenten und Vizepräsidenten der Union. Die so am selben Tage einzeln erfolgten Voten der Staaten werden versiegelt dem Präsidenten der Union zugestellt, welcher sie am zweiten Mittwoch des folgenden Februar in Gegenwart der beiden Kammern eröffnet und nach Zahlung der Stimmen das Resultat kundthut. Zur Gültigkeit der Wahl ist die absolute Mehrheit der Stimmen erforderlich. Wenn kein Kandidat diese Majorität erreicht hat, so schreitet der Senat zur Wahl des Vizepräsidenten und der Congress zu der des Präsidenten; aber in diesem Ausnahmefalle stimmt die Kammer nach Staaten und jeder Staat hat nur eine Stimme.

Dieses System war das Resultat eines Compromisses zwischen den eine starke Centralgewalt anstrebenden Föderalisten und den Anti-Föderalisten, den Anhängern der Autonomie der Staaten. Sie glaubten dadurch zwischen das Volk und diejenigen, welche nach dem höchsten Amte der Union strebten, einen aus unabhängigen und hervorragenden Männern bestehenden Wahlkörper gestellt zu haben, dessen Wahl alle nur möglichen Garantien bieten würde. Diese Vorsichtsmaßregeln wurden aber zunichte gemacht durch den Brauch der Parteien, ihre Wahlmänner zu verpflichten, nur einem bestimmten, von der Partei aufgestellten Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Am 7. November ist in 37 Staaten durch das Volk und im 38. durch die Legislatur die Wahl der 369 Wähler erfolgt, welche ihrerseits den Präsidenten zu wählen haben. In dreien der Südstaaten, die noch von den Unionstruppen besetzt sind, behauptete sowohl die republikanische, als auch die demokratische Partei, daß ihre Wahlmänner rechtmäßig durchgebracht seien, und in zwei nördlichen Staaten wurden je ein republikanischer Wahlmann als unwählbar erkannt und die Wahlmänner der demokratischen Partei in jenen Staaten, denen die meisten Stimmen zu theil geworden, beanspruchten das Recht, an deren Stelle bei der Präsidentenwahl ihre Stimme abzugeben.

Der 6. Dezember war der Tag, an dem sich die Wahlmänner in ihren Staaten versammelten und zur Wahl des Präsidenten vorrückten. In Louisiana, Süd-Carolina und Florida stimmten die Republikaner für Hayes, die Demokraten für Tilden. In Oregon erfolgte eine Doppelwahl.

Von jedem Staate aus wurden die Wahlergebnisse versiegelt dem Präsidenten des Senates zugesandt. Sie werden erst am 14. Februar vor dem versammelten Senate geöffnet werden. Es ist jedoch bekannt, daß der demokratische Kandidat 184, der republikanische Kandidat 165 unangreifbare Stimmen errungen hat. Zwanzig Voten, von Oregon, Florida, Süd-Carolina und Louisiana, sind doppelt. Wenn Tilden, der demokratische Kandidat, nur noch eine einzige dieser 20 Stimmen zuerkannt bekommt, so ist er Präsident, da er alsdann auch in dem Falle, daß seinem Gegner Hayes die übrigen 19 Stimmen zufließen, die absolute Stimmenmehrheit von 185 gegen 184 besäße; Hayes kann nur Sieger bleiben, wenn ihm alle 20 streitigen Stimmen zufallen.

Die Frage ist nun, ob es dem Präsidenten des Senates, der nach der Verfassung die versiegelten Voten zu eröffnen hat, auch zukommt, zu entscheiden, welche von den Doppelwahlen gültig, welche ungültig seien. Die Constitution sagt nur, daß die Stimmen nach ihrer Eröffnung „gezählt werden sollen“, ohne zu bestimmen, wer die Zahlung vorzunehmen habe.

Die Auslegung dieser kleinen Stelle ist nun der Gegenstand lebhaften Streites in der ganzen Republik. Hayes' Wähler behaupten, daß, wie die Eröffnung, so auch die Zahlung der Voten dem Präsidenten des Senates obliege, welcher mit der Majorität des Senates der republikanischen Partei angehört und die Stimmen dem Kandidaten seiner Partei zuerkennen würde. Die Demokraten hingegen ziehen aus der Vorschrift der Constitution, welche die Gegenwart der Kammer bei der Wahlprüfung bestimmt, den Schluß, daß die Entscheidung der Gültigkeit dem Congresse zukomme, der zum größten Theile demokratisch — für Tilden entscheiden würde.

Es ist jedoch, wie auch die gut orientierte „Europe Diplomatique“ (Paris) meint, noch nicht alle Hoffnung auf einen friedlichen Vergleich zwischen den beiden streitenden Parteien aufzugeben, da der Senat und der Congress gemeinsam eine Commission eingesetzt haben, die einen für beide Theile annehmbaren und gesetzlichen Ausweg zu suchen die Aufgabe hat.

Tagesneuigkeiten.

— (Postnachrichten.) Aus Barcellona wird geschrieben: Sr. I. und I. Hoheit Erzherzog Ludwig Salvator weilt gegenwärtig in Palma auf der Insel Mallorca, woselbst sich einige Beschlüsse des großherzoglichen Hauses befinden. Die Großherzogin-Mutter Marie Antonie hat sich hier eingeschifft, um ihren Sohn in Palma zu besuchen und längere Zeit dort zu verweilen. Sodann wird die Großherzogin wieder nach Paris zurückkehren. — Der Kaiser und die Kaiserin von Brasilien sind am 18. Jänner aus Egypten in Messina eingetroffen, von wo sie nach Palermo reisen und ihr Absteigquartier in der Trinacria nehmen. Der dortige Aufenthalt wird ein kurzer sein; die Weiterreise geht dann nach Neapel und Rom.

— (Theaterunfall in Olmütz.) In Olmütz war das Theater am 16. d. M. der Schauplay eines bedauerlichen Unglücksfalls. Der Schauspieler Herr Deutsch, welcher den „Karl Moor“ darstellte, brachte sich am Schlusse des zweiten Aktes durch eine zufällig losgegangene Pistole eine bedeutende Verletzung an der linken Hand bei. Die Pistole war wol nur blind geladen, aber der Pfcropsen aus Kaffhaaren durchbohrte doch die linke Handfläche. Die Verletzung mußte infolge dessen nach dem zweiten Akte abgebrochen werden.

— (Ein interessanter Prozeß.) Ein Wiener Arzt wurde, wie man erzählt, zu einer alten kranken Hausfrau gerufen. Die kranke Frau fragte bei jeder Visite: „Herr Doktor, was bin ich schuldig?“ Der Arzt antwortete aus Delicatsesse: „Gnädige Frau werden schon zahlen, wenn Sie gesund sind.“ Nun ist die Frau gestorben — der Arzt verlangt von den Erben das ärztliche Honorar, welche es nicht anerkennen, da die Frau nicht gesund ward. Natürlich führt der Arzt Prozeß und wer gerade Lust hat, mag auf den „Ausgang gespannt“ sein.

— (Ende eines Duells.) Das Pirnaer Bezirksgericht verhandelte am 11. d. die Angelegenheit eines Zweikampfes, der im Oktober v. J. zwischen dem königlich sächsischen Oberförster Schlegel und dem Förster Eppendorf infolge eines Wortwechsels über dienstliche Angelegenheiten stattgefunden hat. Das Duell war mit Büchsen in einer Distanz von nur 15 Schritt ohne Secundanten und ohne Arzt vor sich gegangen. Der Oberförster war unversehrt geblieben, dem Förster hatte die Kugel die Brust seitwärts zwischen Haut und Knochen gestreift. Das Gericht verurtheilte Schlegel zu zweijähriger, Eppendorf zu einjähriger Gefängnißhaft.

— (Ein guter Posten.) Das von Krupp'scher Seite dem Präsidenten des deutschen Reichseisenbahnamtes Maybach gemachte Anerbieten zur Uebernahme der Leitung des Krupp'schen Establishments ist folgendes: Herr Maybach erhält bei seinem Austritte aus dem Staatsdienste sofort die Summe von 15,000 Mark. Der jährliche Gehalt beträgt 30,000 Mark nebst einer Pension, die bis zur Höhe von 3000 Mark jährlich gerantert ist. Nach Ablauf von 10 Jahren verpflichtet sich Herr Krupp für den Fall, daß Herr Maybach bleibt, zu einer weiteren Zahlung von 150,000 Mark.

— (Eine Tausendpfund-Note.) Eine Note der englischen Bank zu 1000 Pfund Sterling, gezeichnet N. 6, Nummer 49,531, vom 15. Mai 1875, ist in London gestohlen worden. Nach einer Rudmachung der Polizeidirection wird jedermann gewarnt, diese Banknote an sich zu bringen und ersucht, von dem allfälligen Vorkommen dieser Note entweder direkt an den Superintendenten Williamson der Detectivpolizei zu London, Scotland Yard, oder an das Central-Sicherheits-Bureau in Wien die Mittheilung zu machen.

— (Amerikanische Armee.) Das „Bulletin de la Reunion des Officiers“ enthält einen Auszug aus der im Frühling vorigen Jahres erlassenen Bill, welche die Geld- und anderen Kompetenzen der Offiziere in den Vereinigten Staaten von Nordamerika regelt. Der Gehalt beträgt für den General (resp. Corpskommandeur) 10,000 Dollar jährlich, Generalleutnant 8000, Generalmajor 6000, Brigadegeneral 5000, Oberst 3500, Oberstleutnant 3000, Major 2500, berittener Kapitän 2000, nicht berittener 1800, Adjutant und Regiments-Quartiermeister ebensoviel, berittener Premierleutnant 1600, nicht berittener 1500, berittener Secondleutnant in den ersten vier Jahren 1300, unberittener 1200, darnach 1500, resp. 1400 Dollars. An Fourage erhält jeder Offizier so viel Rationen, als er Pferde zu halten verpflichtet ist, nämlich: Generale und Generalleutnants je 3; Generalmajore, Brigadegenerale, Obersten, Oberstleutnants und Majore je 2; Hauptleute und berittene Leutnants je 1 (im Kriege je 2); Adjutanten und Quartiermeister je 1. Alenthalben, wo ein Offizier sich nicht auf seine Kosten einmieten kann, muß ihm vom Staate eine Wohnung geliefert werden. Die Mieths-Guldschuldigung darf, außer in San Francisco, nicht mehr wie 12 Dollars monatlich betragen. Die Gehalte für die Generalität sind in der erwähnten Bill um ein Beträchtliches verringert. Die reguläre Armee ist um 20,000 Mann vermindert worden, indem sie von 28 Regimentern auf 20 reduziert worden ist.

— (Eine Wette mit dem Rhedive.) Der Rhedive von Egypten hat eine vorzügliche Postkarte seines Landes ausarbeiten lassen, die mehrere Personen zugesandt wurde. Vor einiger Zeit hatte der Rhedive sie einem Engländer, der sich nach Nubien begeben wollte, bis wohin sich die Karte ungefähr erstreckt, gezeigt. Der Engländer bot dem Rhedive eine Wette an, daß er ihm nicht eine Summe Geldes bis an die nubische Grenze durch die ägyptische Post werde nachschießen können. Der Rhedive nahm an. Der Engländer erhielt zur rechten Zeit sein Geld und verlor die Wette.

— (Weinausstellung.) In Verona findet am 7., 8ten und 9. Februar d. J. die zweite Ausstellung italienischer Weine und Weinbaugebäude statt. Es werden dabei Preise vertheilt und die Ausstellung ist zugleich auch ein Weinmarkt. Die erste wurde im vorigen Jahre mit vielem Erfolge in Turin abgehalten.

Lokales.

Aus dem Gemeinderathe.

Laibach, 18. Jänner.

(Schluß.)

III. Berichte der Finanzsektion.

1. Hr. Dr. Ritter v. Schöppl berichtet über die Kostenpassierung für die Rattenvertilgung im städtischen Schlachthause mit 50 fl. und über die dem Gefällspächter wegen Schlachtgebührenentganges zu leistende Vergütung per 78 fl. 50 kr.

Hr. Regali empfiehlt dem Bürgermeister die Erbauung eines neuen allgemeinen Schlachthauses im Auge zu behalten und den städtischen Ingenieur mit der Anfertigung des Planes zu beauftragen.

Der Bürgermeister erklärt, es bestehe bereits ein Croquis über die Erbauung eines gemauerten Schlachthauses, allein die großen Kosten seien dormalen für die Stadtgemeinde unerschwinglich.

Hierauf wird der Sectionsantrag angenommen.

2. Hr. Dr. Ritter v. Schöppl referiert über die Zahlungsanweisung der Conservationskosten des Realschulgebäudes pro 1876 im Betrage von 301 fl. 9 kr., welche ohne Debatte genehmigt werden.

3. Hr. Dr. Ritter v. Schöppl referiert über die angeführte Aufnahme eines Diurnisten für das Magistrats-Expedit auf 3 bis 4 Monate, mit der Monatsentlohnung per 30 fl. Dieselbe wird ohne Debatte genehmigt.

4. Hr. Dr. Ritter v. Schöppl beantragt namens der Finanzsektion, dem städtischen Feuerwächter Lukas Lavcar eine Brennholzaushilfe per 15 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

Hr. Regali interpelliert den Bürgermeister, ob den Handels- und Gewerbsleuten, welchen infolge der inhumanen Handlungsweise des Magistrats Wagen und Gewicht abgenommen und Strafen diktiert wurden, nicht wenigstens die Wagen rückerstattet werden könnten.

Der Bürgermeister erwidert, das Vorgehen des Magistrats sei durchaus nicht inhuman gewesen, denn es sei durch Kundmachungen in deutschen und slovenischen Blättern sowie durch Trommelschlag wiederholt bekanntgegeben worden, es werde demnächst die Visitation der Wagen vorgenommen werden. Die Confiscationen und Bestrafungen seien über ausdrücklichen Auftrag der Landesregierung erfolgt. Mit jedem der Bestraften wurde ein Protokoll aufgenommen und stand jedermann gegen das Strafmaß die Berufung an die hohe Landesregierung frei. Viele der Betroffenen haben davon Gebrauch gemacht und wurde mehreren die Strafe auch wirklich nachgesehen. Eine Gruppe von Industriellen habe gemeinsam den Rekurs ergriffen und sei die Entscheidung der Regierung noch ausständig. Ein Rückersatz der Straf-gelder sei nicht möglich. Den Umfang der Confiscationen will der Bürgermeister erheben und diesen Theil der Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Hr. Regali interpelliert wegen früherer Beleuchtung der Straßen in den Morgenstunden, sowie wegen Beleuchtung der Strecke von der Wiener Straßenmuth bis St. Christof und der Gartengasse in der Kravan.

Der Bürgermeister erwidert, daß die Gasbeleuchtungs-Direction vom Magistrats bereits den Auftrag erhielt, einen Kostenvoranschlag wegen Beleuchtung der Strecke von der Wiener Straßenmuth bis St. Christof mit Gas oder Petroleum vorzulegen. Sobald derselbe eingelangt sein wird, werde er ihn zur Begutachtung der Gemeinde vorlegen. Die Anbringung einer oder zweier Lampen mehr in der Kravanvorstadt unter-liege keinem Anstande.

Hr. Regali interpelliert den Bürgermeister wegen Reparatur der Sonnegger Straße, da jetzt die Witterung günstig sei und die Arbeitskräfte billiger zu acquirieren wären.

Der Bürgermeister bemerkt, die Sonnegger Straße sei erst kürzlich, soweit ihre Erhaltung der Stadt-gemeinde angehe, nämlich bis zum Kreuz, neu beschottert worden und sei jetzt ganz gut fahrbar. Die Seitengräben werden laut Gemeinderathsbeschlusses im Frühjahr gepuht werden.

Hr. Regali protestiert auf Grund § 25 der Geschäftsordnung gegen die neuliche Interpellations-beantwortung bezüglich der Einhaltung der Amtsstunden seitens der Magistratsbeamten. Von zwei Diurnisten, die Redner mit Namen ansührt, könne er ausdrücklich die Nicht-einhaltung der Amtsstunden konstatieren, insbesondere gehe der eine derselben bereits Jahre lang täglich schon um vier Uhr aus dem Amte seinen Privat-geschäften nach. (Unruhe und Zischen.)

Der Bürgermeister, den Redner unter-brechend, erklärt, er könne keine weiteren Insulten der Magistratsbeamten und Bediensteten dulden. Wie schon erklärt, seien dieselben vielfältig auswärts beschäftigt und werden daher naturgemäß öfters auch auf der Gasse gesehen. Wenn Herr Regali übrigens wünsche, so möge er einen Antrag zur Verhandlung einbringen, daß der Bürgermeister nicht fähig sei, die Beamtschaft zu leiten; diesen Antrag werde letzterer sofort zur Debatte bringen, über die Beamten jedoch könne er keine weiteren Ausfälle dulden.

Hr. Regali versucht nochmals unter wachsender Unruhe der Versammlung das Wort zu ergreifen, bis es ihm vom Bürgermeister entzogen wird.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In der geheimen Sitzung wurden Gehalts-vorschüsse und Aushilfen bewilligt.

— (Laibacher Volksküche.) Dem in Bildung begriffenen Vereine zur Gründung einer Volksküche in Laibach sind bisher folgende Herren und Damen als Mitglieder beigetreten: Bohoslav Ritter v. Widmann, k. k. Landes-präsident, mit Frau Gemalin; Dr. Friedrich Ritter v. Kastenegger, k. k. Hofrath und Landeshauptmann; Dr. J. Christoforus Pogacar, Fürstbischof; Alexander Dreo, Handelskammerpräsident; Josef Supan, Domprobst; Josef Krisper, Handelsmann; Emerich Mayer, Handelsmann; Mathias Ranth, Handelsmann; Ferdinand Mahr, Inhaber der Handelslehrenanstalt; Anton Freiherr v. Cobelli, Herrschaftsbesitzer; Graf Chorinsky, k. k. Regierungsrath; Heinrich Maurer, Handelsmann; August v. Fladung, k. k. Regierungsrath; Johann Hojzvar, k. k. Regierungsrath; Graf Volja, k. k. Hauptmann; Josef Kordin, Handelsmann.

— (Fubiläumfeier.) Durch die Freitag abends ganz unerwartet gekommene Absage des Grazer Opernsängers J. Polak, der im Festkonzerte der Siharwonischen Gesellschaft bekanntlich die Partie des „Rasol“ in der Haydn'schen „Schöpfung“ singen sollte, wurde in letzter Stunde eine Umänderung des Konzertprogramms notwendig. Dieselbe wurde dahin getroffen, daß anstelle der „Schöpfung“ die „Schöne Melusine“ zur Aufführung gelangt, und hat Herr Mailer aus Gefälligkeit die Vapartie derselben übernommen. — Auch der Fest-prolog wird, eingetretener Schwierigkeiten halber, nicht von einer Dame, wie es ursprünglich bestimmt war, sondern von Herrn Direktor Friške gesprochen, der sich hiezu freundlichst bereit erklärte.

— (Benefiz-Vorstellung.) Nächsten Mittwoch findet die Benefiz-Vorstellung unserer rainen und munteren Liebhaberinnen Fel. Arensdorf statt. Dieselbe hat sich hiezu das neue vieraktige Schauspiel „Im Hause des Kommerzien-rathe“ von Busse erwählt, eine Dramatisirung des bekannten Mariti'schen Romans. Bei der bekannten Beliebtheit, der sich die Benefiziantin durch ihren ebenso fleißigen als von Talent zeugenden Leistungen beim Laibacher Theaterpublikum seit Anbeginn erfreut, glauben wir derselben an diesem Abende wol auch ein recht gut besuchtes Haus prognostizieren zu dürfen.

— (Neue Operette.) Die nächste Operette, die uns die Direction Friške vorzuführen beabsichtigt, ist die ob ihrer einschmeichelnden Musik überall rasch beliebt gewordene „Fati-niya.“ Seit einer Woche wird dieselbe bereits eifrig studiert und dürfte in circa 8 bis 10 Tagen zur ersten Aufführung gelangen.

— (Kunstreise.) Herr Kapellmeister Julius Keller in Triest und Fel. Kathinka Phrym unternahmen kürzlich vereint eine mit Erfolg begleitete Kunstreise und sind vorgestern von derselben nach Triest zurückgekehrt.

— (Versuchter Raubmord.) Am Abende des 13ten Jänner l. J. wurde an dem Grundbesitzer Johann Sturm von Potok ein Raubmord auf der Reichstraße zwischen Posanz und Gutenfeld versucht, indem der bisher noch unbekannt Thäter, der sich dem Genannten gleich außer Krainburg als Reisebegleiter anbot und als Knecht eines Grundbesizers aus Zauerburg ausgab, im Nachtdunkel aus nächster Nähe menschlins, vermuthlich mit einem Terzerol, einen Schuß gegen den Kopf des Genannten in der Absicht abfeuerte, um denselben sodann dessen Effecten und Barschaft veranben zu können; das Projekt streifte den Johann Sturm jedoch nur an dessen Nacken, wodurch diesem noch die Gelegenheit zu einfliehen geboten und der offenbar beabsichtigte Raubmord daher nur im Stadium des Versuches verblieb. Den Angaben des Johann Sturm zufolge war der Thäter bei zwei Meter hoher Mann, im Alter von 25 bis 30 Jahren, mit länglichem bartlosen Gesichte, bloßer Gesichtsfarbe, dunkelblondem, ins kastanienbraune übergehendem Haar, mehr schwächlichem, schlankem Körperbau, ohne weiteren besonderen Kennzeichen, spricht den Krainburger Dialekt, war gut gekleidet, mit einem schwarzen Hut am Kopfe, einem bis etwas über die Hüften reichenden Röckel aus Schafwollstoff oder Luch grün und schwarz quadriert, so daß die bei drei Centimeter breiten schwarzen Quadern mit bei ein Centimeter breiten gelben Streifen umrahmt erschienen, und mit dunkelgefärbtem langen Beinkleid; an den Füßen hatte er eine halbzuwe nicht ganz bäuerliche lederne Beschuhung. Der Thäter gab an, auf dem Wege von Laibach zu sein, wo derselbe seinen Bruder in der St. Peter'skirche besuchte, der wegen zweimaligen Ausbleibens von den Exercier-Übungen daselbst eingesperrt sei. Diese Angaben des Thäters werden vermuthlich nicht wahr sein. Der Thäter dürfte am ehesten um Krainburg herum zu finden sein.

— (Zum Festsurz in Steinbrü.) Ueber die Ursache, welche die großartige Felssturz-Katastrophe bei Steinbrück zur Folge hatte, verlaute, daß dieselbe in einigen hochgelegenen Quellen zu suchen sei, welche den auf Trias-Kalk in einer Mächtigkeit von durchschnittlich fünf Metern gelagerten tertiären Thon und den darüber gelagerten Korallenkalk allmähig unterwuschen und zum Rutschen brachten. Vor längerer Zeit soll man daselbst bereits das plöbliche Verschwinden einer Quelle bemerkt, jedoch leider nicht beachtet haben. Vermuthlich dürfte dieselbe durch eine äußerlich nicht sichtbar gemordene Bewegung im Innern des Berges aus ihrem Bette verdrängt und hiedurch genöthigt worden sein, sich einen unnatürlichen Abfluß zu suchen, indem sie, in die Tiefen des Berges verfinckend, das ohnehin schon lockere Erdreich unterwusch und so in Bewegung brachte. — Die angerichtete Bewilligung

ist, wie uns Augenzugen versichern und in unserem Berichte vom Samstag geschildert wurde, eine sehr bedeutende und läßt vor-

Die Brief- und Fahrpost für Laibach wird von allen oberhalb Steinbrück gelegenen Aufgabsorten bei den Zügen 2 und 6 über Bruck-Billach und bei den Zügen 4 und 98 über Marburg-Billach geleitet.

(Zusammenstoß auf der Südbahn.) Die am 15. d. nachts in Dedenburg ankommenden Personenzüge von Rantzsa einerseits und Wien andererseits stießen in unmittelbarer Nähe des Stationsgebäudes beim Einfahren an einander.

Theater.

(-g.) Das aus mehrfachen Aufführungen früherer Jahre hier wohlbekannte humorvolle Rosen'sche Lustspiel: „Begehre nie deines Nächsten Hausfrau“, das uns vorigen Freitag vorgeführt wurde, darf als eines der besseren Werke seines Verfassers bezeichnet werden und wurde so gerundet zur Auf-

Die Samstags zur Vorfeier des 175jährigen Jubiläums der silarmonischen Gesellschaft von der Theaterdirection veranstaltete Festvorstellung verdient in der That diese Bezeichnung vor allem wegen des Aufehens des Hauses, dem durch ein zahlreiches, von einem mehr als gewöhnlich geschmückten Damenstör angenehmen durchwirkten Publikum, wie auch durch Beleuchtung des äußeren Schauspielers ein festlicher Charakter verliehen wurde.

wurde noch erhöht durch die musterhafte Darstellung der beiden sehr sinnig gewählten dramatischen Piecen.

In der „Gusfel von Blawewitz“ that sich namentlich Herr Kieger als „Friedrich Schiller“ durch ein ebenso fein durchdachtes Spiel wie auch durch eine bis zur Porträtmäßigkeit getreue Maske hervor und wurde von Fr. Arensdorf und Herrn Wallner bestens accompagniert.

Zum Schlusse des Abends wurden sechs lebende Bilder aus der Geschichte der silarmonischen Gesellschaft gestellt.

Der Theaterreferent des „Laibacher Tagblatt“ gibt dem Schreiber dieses „die Versicherung, daß er es demselben in Zukunft selbst überlasse, für auf die Kritik der deutschen Blätter gemachte Ausfälle der Direction und dem betreffenden Schauspielern die Hände zu küssen;“ da diese Fassung nur eine Deutung zuläßt, nämlich die, daß der Herr Kollege vom „Tagblatt“ dieses Amt bisher auch für den Schreiber dieses besorgt habe, so läßt sich letzterer zur Erklärung veranlaßt, daß er sich seinem Herrn Kollegen für die dabei gegebene gleichfalls freiwillig übernommene Mithewaltung höchlich bedanke, und ihn schließlich einlade, Hand in Hand mit ihm jene beleidigenden Ausfälle, so lange sie sich, wie bisher, auf einen höchst gleichgiltigen Kuffisen-Tratsch beschränken und nicht persönlich angebracht werden — zu ignorieren.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“)

Konstantinopel, 20. Jänner. Ignatieff sagte bei der letzten Konferenzsitzung, nachdem er von seinen Bemühungen zur Verhütung des Krieges gesprochen: wenn die Pforte jetzt eine Action gegen Serbien und Montenegro unternahme oder die Christen zu leiden hätten, werde sich nunmehr Europa damit zu befassen haben.

Graz, 20. Jänner. Bei der hiesigen Statthalterei sind im Laufe des heutigen Nachmittags keine weiteren amtlichen Meldungen über den Bergsturz eingetroffen. Statthalter Rübeck und Landes-Kommandirender Baron Kuhn sind bereits wieder nach Graz zurückgekehrt.

Petersburg, 20. Jänner. Aus Rischeneff wird telegraphirt: Großfürst Nikolaj verbrachte die letzte Nacht wegen Erbrechens unruhig, jedoch sicherfrei.

Konstantinopel, 20. Jänner. In der heutigen Konferenzsitzung verlas Saffet Pascha eine Note, welche erklärt, daß sich die Pforte über gewisse Detailpunkte mit den Mächten verständigen könne, die Frage der Ernennung der Generalgouverneure jedoch mit Stillschweigen übergeht.

dem die Pforte sich weigere, die von den Mächten geforderten zwei Ausführungsgarantien betreffs Ernennung der Gouverneure und Organisierung einer wahrhaft unabhängigen Kontrollkommission zu bewilligen, kein gemeinsamer Boden für eine Verhandlung mehr vorhanden zu sein scheint, die Konferenz sich daher als geschlossen betrachten solle.

Telegraphischer Wechselkurs

Papier-Rente 61.20. — Silber-Rente 67.70. — Gold-Rente 74.60. — 1860er Staats-Anlehen 112.25. — Bank-Actien 817.—. — Kredit-Actien 141.90. — London 125.15. — Silber 117.70. — R. f. Münz = Dukaten 5.95. — Napoleons'or 9.77. — 100 Reichsmark 61.45.

Wien, 20. Jänner. 2 Uhr nachmittags. (Schlußkurse.) Kreditactien 141.80, 1860er Lose 112.50, 1864er Lose 134.—, österreichische Rente in Papier 61.20, Staatsbahn 242.—, Nordbahn 181.75, 20-Frankenstücke 9.98, ungarische Kreditactien 112.75, österreichische Francobank —, österreichische Anglo-Bank 78.25, Lombarden 74.50, Unionbank 53.50, austro-orientalische Bank —, Lloydactien 332.—, austro-ottomanische Bank —, türkische Lose 17.75, Kommunal-Anlehen 97.25, Egyptische —, Goldrente 74.65.

Handel und Volkswirtschaftliches

Laibach, 20. Jänner. Auf dem heutigen Markte (Laibach) schienen: 5 Wagen mit Getreide, 8 Wagen mit Heu und Stroh, 20 Wagen und 3 Schiffe mit Holz (42 Kubikmeter).

Table with market prices for various goods like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, etc. Columns include item name, price per unit, and other details.

Lottoziehungen vom 20. Jänner.

Wien: 69 72 81 66 47. Graz: 24 84 7 50 17.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Meteorological observation table with columns for date, time, barometer, wind, and other weather-related data.

Den 20. morgens Nebel, starker Reif, gegen Mittag teilweise Aufhellung, Sonnenschein, intensives Abendroth.

21. geringer Schneefall, tagüber trübe, abends gelockerte Wolkendecke. Das vorgestrige Tagesmittel der Temperatur + 0.3° über dem Gefrierp. 0.0°, beziehungsweise um 2.3° und 2.0° über dem Gefrierp.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht. Wien, 19. Jänner. (1 Uhr.) Die Börse verkehrte bei schwachem Geschäft in fester Tendenz. Die Stimmung war durch die eingelaufenen Telegramme beeinflusst.

Large financial table with multiple columns listing various securities, bonds, and exchange rates. Includes sections for 'Actien von Banken', 'Actien von Transport-Unternehmungen', 'Pfandbriefe', and 'Prioritäts-Obligationen'.

Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Papierrente 61.25 bis 61.40. Silberrente 67.25 bis 67.40. Goldrente 74.40 bis 74.50. Kredit 141.40 bis 141.50. Anglo 77.50 bis 77.75. London 125.35 bis 125.60. Napoleons 10 1/2 bis 10.01. Silber 117.40 bis 117.60.